

Peter Rosenbaum
BIBS Ratsherr
im Rat der Stadt Braunschweig
Platz der Deutschen Einheit 1
38100 Braunschweig

0531/ 470-2181
peter.rosenbaum@bibs-fraktion.de
Braunschweig, 26. August 2008

Pressemitteilung

Eigensinniges Handeln der Verwaltung ohne politischen Auftrag Public-Private-Partnership für Gebäudesanierung weder diskutiert noch beschlossen

In der Pressemitteilung zum Haushaltsentwurf 2009 verbreitet die Verwaltung, dass zur Sanierung der Schulen ein Public-Private-Partnership zu Grunde gelegt ist. „Eine erstaunliche Ankündigung, weil der Rat bisher nur eine für jedwede Alternativen offene Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben hat, deren Ergebnisse den politischen Gremien bis heute offiziell nicht bekannt sind. Es hat keine Diskussion statt gefunden, aus der sich ein Beschluss für eine PPP-Lösung ergibt“ resümiert Peter Rosenbaum. Für die BIBS-Fraktion ist weder das Verfahren noch die Richtungsweisung akzeptabel.

Nach welchem Rechtsverständnis werden hier Tatsachen in einem Haushaltsentwurf geschaffen, zu dem kein Grundsatzbeschluss vorliegt? Die BIBS-Fraktion kritisiert neben dem intransparenten Verfahren grundsätzlich eine PPP-Lösung. Was kann der private Investor besser als die Verwaltung? Selbst Geld bekommt die Stadt zu günstigeren Konditionen als jeder privater Investor.

Insgesamt kommen der Stadt PPP-Modell auf lange Sicht teuer zu stehen, weil der Investor auf lange Mietzeiten pocht, die ihm langfristig Gewinne sichert und die Stadt zur Unflexibilität verdammt.

Ingesamt fehlt es Verwaltung und Politik an Mut, das Projekt Schulsanierung richtig anzugehen. Derzeit werden alle Schulen nach dem Gießkannenprinzip mit Sanierungsgeldern unzureichend versorgt. So hat die BIBS-Fraktion schon darauf hingewiesen, dass die Investitionen seit 2001 im Vergleich zu den Investitionen in den 1980er Jahren weit zurückgefahren wurden.

Jede Schule erhält also einen Kleinstbetrag, mit dem sie Jahr für Jahr Einzelmaßnahmen durchführt. Sinnvoller wäre, die Gelder zu bündeln und nach und nach alle Schulen komplett zu sanieren. Damit erhalten einige Schulen kein Geld, werden dafür aber in absehbarer Zeit komplett saniert! Das reduziert Bauarbeiten auf ein erträgliches Zeitfenster, führt zu besseren Konditionen bei Ausschreibungen und die Gebäude sind anschließend auf Jahre sanierungsfrei (von Einzelreparaturen selbstverständlich abgesehen!). Weiterer Vorteil: Die Gebäude bleiben im Besitz der Stadt und können bei rückläufigen Schülerzahlen (voraussichtlich ab 2010) auch anderweitig genutzt werden.

Weitere Informationen unter www.bibs-fraktion.de